

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **20. Januar 2015** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.30** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

---

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

**Herbert Böllinger (V)**  
**Martina Weinbrecht (V)**

Schriefführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**  
**Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke**  
**stellv. Bauamtsleiter Peter Kimmel**

**Zu TOP 1:** **Jürgen Lehmann**, Geschäftsführer der  
Ingenieurfirma Roth und Partner  
**Martin Sebold, Umwelt- und Arbeits-**  
**schutz**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass  
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **15.01.2015** ordnungsgemäß eingeladen, und  
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **16.01.2015** ortsüblich  
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:  
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen  
Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert  
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.:      **Ehemalige Sandgrube Stürmlinger** (verlängerter  
Bärenweg)  
- Sachstandsbericht -  
**(mündlicher Vortrag)****

Zu diesem Themenbereich begrüßt der Vorsitzende die Herren Jürgen Lehmann; Geschäftsführer der Ingenieurfirma Roth und Partner, die die Arbeiten an der Stürmlinger Sandgrube begleitet sowie Martin Sebold vom Umwelt – und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe.

Einleitend zum Sachstandsbericht über die „Stürmlinger Sandgrube“ am verlängerten Bärenweg, gibt der Vorsitzende einen Rückblick zur Entwicklung der ehemaligen Kiesgrube. Der Ortschaftsrat verfolge die Thematik schon längere Zeit.

Die Altablagerungen in der „Stürmlinger Sandgrube“ liegen im Gewann Kirchfeld. Das Gelände wird im Osten von der Alten Bahnlinie begrenzt und im Südosten vom Basketballplatz abgeschirmt.

Das Grundstück war vor 1934 eine Kiesgrube. In den Jahren von 1934 bis 1949 wurden dort Haus- und Gewerbemüll, seit den 20- er bis Ende der 40- er Jahres sind auch Abfälle des städtischen Gaswerkes, auch in flüssiger Form, abgelagert worden, die das Problem bzw. Herkunft der ausgehenden Schadstoffe sind und betrachtet werden.

Jürgen Lehmann führt zur Ausgangssituation an, dass das Gebiet der Altablagerung eine Ausdehnung von rund 1,5 Hektar habe und vorwiegend von Bäumen und Pflanzen bewachsen sei. Es liege rund 0,6 km südöstlich der Bebauung, habe ein Fläche von 18 000 qm und ein Volumen von 120 000 cbm unterhalb der Oberfläche. Der Teerölphasenkörper betrage 4 800 qm bei einem Volumen von 30 000 cbm (ca. 54.000 t Teeröl-Bodengemisch). Es sei zur Imprägnierung der Sande und Kiese gekommen, erklärte er.

Die Mächtigkeit beträgt ca. 2 – 11 Meter; im Mittel ca. 6 m bis ca. 10 m in den gesättigten Untergrund.

Die **Schadstoffemissionen** über den Grundwasserpfad liegen bei:

Naphthalin: ca. 1.000 g/d (E<sub>max</sub>-W = 4,5 g/d)

PAK o. N.: ca. 90 g/d (E<sub>max</sub>-W = 0,32 g/d)

BTEX: ca. 2.500 g/d (E<sub>max</sub>-W = 20 g/d)

Benzol: ca. 1.800 g/d (E<sub>max</sub>-W = 2 g/d)

Insgesamt finde seit Jahrzehnten daraus täglich ein über 5 kg Schadstoffaustrag über das Grundwasser statt.

2005 habe die Bewertungskommission der Stadt Karlsruhe die Auskofferung/Entsorgung beschlossen. Lehmann stellte dann die **Ergebnisse der Bewertungskommission** (Stand 12/2008) vor, nachdem weder das Land noch die Stadt in der Lage waren, die erforderlichen wirtschaftlichen Mittel für die beschlossene Sanierungsvariante „Auskofferung und Entsorgung“ aufzubringen. Zwischenzeitlich vorliegende neue Erkenntnisse in der Altlastenbearbeitung lassen die Anwendung von MNA (**Monitored Natural Attenuation**) auch auf den Fall Stürmlinger Sandgrube möglich erscheinen. Es erfolgte eine Rückstufung der Altlastenbearbeitung auf den Stand der Sanierungsuntersuchung und zusätzliche Betrachtung von MNA als Sanierungsalternative, zusätzliche Untersuchungen aufbauend auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsprojektes „*Entwicklung einer Methode zum Nachweis der Stationarität von PAK-Ausbreitungsfahnen im Grundwasser*“ und dem in diesem Zusammenhang am Standort erstellten Messstellennetz.

Jürgen Lehmann erklärt dann die zusätzliche Betrachtung von MNA als Sanierungsalternative beim Untersuchungskonzept in Zusammenarbeit IR&P und TZW Karlsruhe vor. Diese umfasst eine Bestandsaufnahme im Grundwasserabstrom der AA (Fortsetzung der Untersuchungszeitreihen), eine erweiterte Fahnen-erkundung zur Abgrenzung der Schadstofffahne, die Identifizierung/ Charakterisierung der NA-Prozesse, Modellrechnungen/ Prognose der Fahnen-entwicklung, Fortschreibung der SU unter Berücksichtigung der Sanierungs- alternative MNA.

Danach erläutert Lehmann die Ergebnisse der Untersuchung Stufe 1, eine Bestandsaufnahme im Grundwasserabstrom der AA. Dabei gebe es Hinweise auf **mikrobiologische Schadstoffminderungsprozesse** am Standort sowie eine GW- Messungen und die Modellierung ergeben eine nordwestliche Fließrichtung. Bei den Ergebnisse Untersuchung Stufe 2 konnte der Nachweis mikrobiologischer Schadstoffminderungsprozesse anhand gemessener Stoffkonzentrationen, gemessener Schadstoffverteilungen und eine ausgeprägte Redoxzonierung von Abbauversuchen mikrobiologischer Untersuchungen- molekularbiologischer Untersuchungen erkannt werden. Die **Fahne** sei allseitig **abgegrenzt**.

Als Ergebnisse Untersuchung Stufe 3 präsentiert Lehmann die Reaktive Transportmodellierung, die ein Multispeziesmodell für 7 Leitparameter in Abstimmung mit TZW Karlsruhe, die Kalibrierung der Schadstofffreisetzungsraten und Abbauraten, Berücksichtigung der Sorption sowie eine instationäre Modellierung über Modellzeitraum von 40 Jahren umfasse.

Als Aussageunsicherheiten/offene Fragen nach Abschluss des BMBF-Forschungsprojektes listete er die Abgrenzung der Schadstofffahne, den Nachweis der Stationarität der Fahne, mögliche weitere Schadstoffe (gaswerktypisch: NSO-Het, NSO-Het-Metabolite, LCKW, Cyanide, Phenole) und das zukünftige Verhalten der Fahne - Prognose, auf.

Anhand Modellierter Fahnen für Acenaphthen und Benzol (schwer abbaubar) demonstrierte Lehmann, dass beispielsweise bei Benzol die Konzentration sehr viel höher wäre, wenn kein Abbau stattfinden würde. Beim Beispiel mit Abbau verhält sich die Fahne bereits in 200 m Entfernung von der Altablagerung so, dass weit über 90 % der Schadstoffe nicht mehr vorhanden seien. Somit unterliegen die Schadstoffe im Grundwasser einem Abbau. beim Beginn der Bebauung an der Badnerlandhalle seien nur noch Spuren oder überhaupt nichts mehr feststellbar.

Prognostiziert wird zudem, dass keine weitere Fahnenausdehnung bei unveränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sei.

Als weitere Modellergebnisse präsentiert Lehmann:

- Modellerte Abbauraten und Abbaureihenfolge in guter Übereinstimmung mit Laborergebnissen
- Gute Übereinstimmung der Modellrechnungen mit Feldmessungen
- Modellerte Schadstofffahne bereits lange stationär
- Frachtreduzierung bis E- mindestens 99 % und bis E7 praktisch 100 % (jeweils bezogen auf die Schadstofffreisetzung an der Schadstoffquelle)
- Prognose:  
keine weitere Fahnenausdehnung bei unveränderten Randbedingungen
- 

Ein monetärer Variantenvergleich macht deutlich, dass beispielsweise die Kosten einer Auskoffnung mit Entsorgung bei 16, 1 Mio. € liegen, während die Variante des **Monitored Natural Attenuation** beispielweise mit 0,7 Mio. € zu Buche schlägt.

**Lehmann** resümiert abschließend, dass am Standort ein leistungsfähiger Reaktor existiere, der durch natürlichen Schadstoffabbau die Fahnenlänge auf maximal ca. 450 m limitiere. Der Fahnenkern (mit ca. 99 %-igem Schadstoffabbau) reiche bis ca. 220 m. Die Schadstofffahne sei bereits lange stationär. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass sich die Fahne in Zukunft weiter ausdehnen wird. Die Schadstoffquelle am Standort ist charakterisiert durch große Schadstoffmengen in residualer Teerölphase. Sie emittiert langfristig über viele Jahrzehnte hauptsächlich PAK, BTXE und NSO-HET mit hohen Emissionsraten ins Grundwasser. Die Prüfkriterien gemäß LABO-Positionspapier für die Anwendung von MNA sind erfüllt. Damit sind die

Voraussetzungen für die Anwendung von MNA prinzipiell gegeben. Gegenüber stellte er auch die relativ hohen Kosten für „aktive“ Sanierungsmaßnahmen (> ca. 9,3 Mio. € brutto) im Vergleich zur Sanierungsalternative MNA (ca. 0,7 Mio. € brutto). Falls „aktive“ Sanierungsmaßnahmen nicht verhältnismäßig sind, ist die Anwendung von MNA als Verfahrensalternative im Zuge der Altlastenbearbeitung möglich.

Kritisch-sorgenvoll äußern sich die Ortschaftsräte zu den dargestellten Fakten.

**Ortschaftsrat Klaus Bluck (fraktionslos)** will wissen, nachdem die horizontale Ausdehnung vorgestellt wurde, wie es sich mit der Ausdehnung in der Tiefe verhalte? Er glaube nicht, dass sich Schadstoffe über das Grundwasser abbauen lassen.

Man habe auch eine Abgrenzung in der Tiefe durch entsprechend aufgebaute Messstellen herstellen können, antwortet Lehmann.

Vorstellbar sei eine Art "Blase", die sich in länglicher Richtung ausdehne und mit dem Grundwasserstrom transportiert werde. Die Ausdehnung der Teeröle, die schwerer als Wasser seien, habe sich unter dem Grundwasserspiegel abgesetzt. Nachdem der "Nachschub" beendet war, habe auch das Teeröl aufgehört, sich zu verbreiten. Die Fahne umfasse nur den im Grundwasser gelösten Teil und sei ortsstabil. Eine horizontale und vertikale Abgrenzung am Standort sei gegeben.

**Ortschaftsrat Jürgen Marin** fragt nach den Abbauprozessen (Bakterien), wie diese funktionieren, um eine Reduktion zu erreichen. Zudem will er wissen, ob die reduzierte Fahne auch bei anderen Schadstofffraktionen als den zwei zuvor exemplarisch aufgezeigten, zutreffe. Im Prinzip seien alle gleich, lautet die Antwort Lehmanns. Es seien wesentlich mehr als sieben Schadstoffe vorhanden und untersucht. Es gebe besser und schlechter abbaubare darunter, man kümmere sich vor allem um die schlechter abbaubaren Stoffe.

Man habe verschiedene Prozesse intensiv sowohl im Feld als auch im Labor durchgeführt. Diese gehen in verschiedenen Bereichen unterschiedlich vor, gibt Lehmann bekannt. Im Kernbereich erfolgen die Prozesse durch Bakterienstämme, die den Abbau ohne Sauerstoff durchführen können, weshalb diese Prozesse auch langsamer sind als diejenigen mit Sauerstoff, die am Rand stattfinden.

**Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer** erinnert, dass es letztmals vor drei bis vier Jahren war, dass man etwas über die Sandgrube Stürmlinger erfahren habe, über

Ausbreitung, Größe, Ausdehnung der Fahne. Nun sei er einigermaßen beruhigt, dass sich die Schadstofffahne stationär halte und sich abbaue. Er fragt nach, ob es noch Jahrzehnte nötig sei sowohl die Fahne als auch die Sandgrube zu beobachten, wie zuvor ausgeführt wurde. Gebe es dafür eventuell, wie auch in Kirchfeld, eine Möglichkeit der "Aktivierung", damit die Abbauprozesse schneller voranschreiten, fragte er nach.

In der Kostentabelle sei bereits eingerechnet, dass man solche "Aktivmaßnahmen", um den Abbau zu stimulieren, mache, so Jürgen Lehmann. Der große Bereich der Verunreinigungen erfordere diese Aufwendungen. Man habe Untersuchungen gemacht, um herauszufinden, wie viele Schadstoffe vorhanden seien. Dabei sei man auf rund 50 Tonnen Schadstoffe gekommen. Vergleiche man dies mit den Austragsraten, gebe es Substanzen, die gar nicht mehr vorhanden sein dürften. Damit müsse konstatiert werden, dass noch viel mehr Schadstoffe im Untergrund vorhanden sein müssen als dies bei den stichprobenartigen Untersuchungen hat abgeschätzt werden können. So müsse man davon ausgehen, dass diese Austräge noch viele Jahrzehnte, wenn auch im Laufe der Zeit vielleicht in verminderter Form, stattfinden.

Schon aus wasserrechtlicher Sicht müsse man fortlaufend zeigen können, dass die Abbauprozesse auch weiter in den folgenden Jahren so stattfinden, wie sie heute und auch in der Vergangenheit stattgefunden haben, unterstreicht Lehmann zudem. Diesen Nachweis fordere die Wasserbehörde.

**Martin Sebold** betont, dass sich am Standort ein Reaktor in 60/70 Jahren unter den jetzigen Bedingungen so ausgebildet habe, wenn man ihn in Ruhe lasse. Wenn bei einer eventuellen Bebauung am Standort etwas verändert werde, könne dies sich nicht nur zum Guten entwickeln.

Er habe etwas "Bauchweh", gesteht **Fraktionsvorsitzender Dieter König**. Zu sagen, man könne sich jetzt ruhig zurücklehnen, gehe nicht, meint er im Hinblick auf die Ausführungen. Zu sagen, es werden zwar Schadstoffe in großen Mengen ausgetragen und man werde nun 50 Jahre abwarten, bis sie sich abgebaut haben - dies könne nicht sein. Aus seiner Sicht sei das Thema Umweltschäden keine Frage der Wirtschaftlichkeit. Es müsse noch intensiver begutachtet werden und keine 50 Jahre darauf gewartet werden. Die Stadt Karlsruhe sei der Verursacher und in der Haftung. Sie sei Rechtsnachfolger des Gaswerkes. Bereits vor 10 Jahren sei das Thema angegangen worden und der Ortschaftsrat sei beruhigt worden, jetzt werde er

abermals beruhigt. Man müsse im Auge behalten, was die das Ergebnis der Unteren Wasserbehörde aussage. Man habe ein Restrisiko und könne keine weiteren 50 Jahre hingehalten werden.

**Martin Sebold** vom Umweltamt weist darauf hin, dass die vorgestellten Ergebnisse noch recht exklusiv seien. Am 26. Februar werde man mit diesen in die Bewertungskommission gehen, die den Fall abermals behandle. Dort werde entscheiden, welches Verfahren durchgeführt werde bzw. wie es weitergehe.

**Ortschaftsrat Thomas Metzger** will hinsichtlich des MNA-Verfahrens wissen, nachdem sich ein großer natürlicher Bioreaktor gebildet habe, ob es vorgesehen sei, dass sich die biologische Reaktion beschleunigen lasse? Oder ob man den Reaktor wie bisher so weiterlaufen lassen wolle? Zudem fragt er beim Verfahren der Auskoffnung nach, wie tief man auskoffern müsste?

Bei den vorgestellten Untersuchung ginge es nur darum, die natürlichen Prozesse zu erkennen, zu bewerten, betont Lehmann, um zu sehen, ob es auch gehe, wenn man es mit den entsprechenden technischen Regeln vergleiche.

Eine Vorstellung, dass man es beschleunigen könnte, gebe es nur hinsichtlich einer Betrachtung der Frage, ob man die Fahne etwas kürzer machen könne. Der Schadensherd könne nicht beeinflusst werden, es könne nur die Fahne kürzer gemacht werden. Die Auskoffnungstiefe liege bei der ehemaligen Sandgrube in der Kernzone bei 18/19 Metern.

**Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** zeigt sich negativ überrascht bis geschockt, was man hier für einen "Brummer" liegen habe. Sie gibt die ökologischen Folgen zu bedenken sowie den ganzen Kreislauf, über den die Schadstoffe über das Grundwasser transportiert werden. Gleichwohl gebe es einen Reaktor, der viel abbauen könne, was beruhigend sei. Allerdings liege das, was noch vorhanden sei über den Grenzwerten.

Einem Wunsch des Ortsvorstehers entsprechend sagt abschließend Martin Sebold vom Umweltamt zu, ihn über den Sachstand aus der Bewertungskommission nach dem 26. Februar zu informieren.

In Zusammenfassung der Diskussion kommt es zu folgendem

**Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt den Sachstand zur Stürmlinger Sandgrube zur Kenntnis.

Die Informationen von der Bewertungskommission am 26. Februar 2015 sollen dem Ortschaftsrat weitergegeben werden.

**Zu Punkt 2 der T.O.:      **Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/16 für den Bereich der Ortsverwaltung Neureut (Vorlage Nr. 20/2015)****

Eingangs verweist der Vorsitzende in seiner **Haushaltsrede** vor dem Ortschaftsrat zur Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2015/2016 für den Bereich des Teilhaushalts für Neureut zunächst auf die Druckvorlage, auf die Haushaltsauflistung und die dem Rat zugegangenen Anträge: 1.) Antrag der FDP i.S. 3. Löschfahrzeug vom 23.10.2014; 2.) Antrag der FDP i.S. Mensa Schulzentrum, eingegangen am 12.01.2015, und 3.) Antrag der Grüne - Fraktion ebenfalls i.S. Mensa von 19.01.2015.

Im Folgenden wird die Haushaltsrede im Wortlaut wiedergegeben:

In der Sitzung am 09. Dezember 2014 habe ich Sie darauf hingewiesen, dass eine Woche zuvor sowohl der Herr Oberbürgermeister, Dr. Mentrup, als auch die Finanzbürgermeisterin, Frau Luczak-Schwarz, den Doppelhaushalt für die Stadt Karlsruhe eingebracht haben.

Erfreulich war dabei zu hören, dass gerade bei der Ertragssituation und bei den Ertragsarten historische Höchststände erreicht sind, die jedoch wesentlich von dem derzeit positiven konjunkturellen Gesamtumfeld abhängen. Gleichwohl kann dieses positive Bild bei kleinsten wirtschaftlichen Schwächephasen, mit einer Verzögerung von 1 bis 2 Jahren, zu einem spürbaren Einbruch führen. Die Investitionen befinden sich ebenfalls auf einem historischen Höchstniveau: 2015 sind 191,5 und 2016 immerhin noch 183,7 Mio. € eingeplant. Wie seinerzeit ebenfalls der Presse zu entnehmen war, geht es OB Mentrup mit dem Haushaltsplan vor allem darum Zeichen zu setzen, es gehe um Mut zu Investitionen und es geht um Mut für neue Aufgaben. Gleichzeitig hatte der OB aber auch angekündigt, im weiteren Verlauf der Beratungen auch über Reduzierungen von Qualitäten und Angeboten der Stadt für den kommenden Haushalt reden zu müssen, und er hat sich auch für eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer für das laufende Jahr um 20 auf dann 430 Punkte ausgesprochen, um die Entwicklung der Stadt weiter voran bringen zu können.

Die Finanzbürgermeisterin ihrerseits hat darauf verwiesen, dass die Stadt in den vergangenen 40 Jahren stets den Anspruch hatte, mit einer seriösen Haushaltspolitik den Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität, eine optimale Infrastruktur und qualitativ hochwertige städtische Dienstleistungen zu sichern, und all dies kontinuierlich auszubauen. Dieser Anspruch sollte auch zukünftig im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern Leitlinie sein. In diesem Sinne hat sie allen Bereichen ein Arbeitsprogramm verordnet, um strukturelle Defizite abzubauen und Handlungsspielräume zu erhalten.

Vor einer Woche, am 09. Januar, konnten wir die Haushaltsreden der Gemeinderats-Fraktionen und Gruppierungen, sowie der Einzelstadträte hören, und dabei auch deren unterschiedlichen Einschätzungen kennen lernen.

Heute sind nun Sie, meine Damen und Herren Ortschaftsräte, aufgerufen, zum Teilhaushaltsplanentwurf für **unser Neureut** Stellung zu beziehen.

Ich möchte dazu zunächst auf den bisherigen Verlauf zur Planaufstellung eingehen. Dieser stand unter dem Hinweis des Regierungspräsidiums, dass die Genehmigung des vorangegangenen Doppelhaushaltsplanes 2013/2014 mit der Maßgabe erfolgte, den eingeschlagenen Haushaltskonsolidierungskurs weiter fortzusetzen.

Vor diesem Hintergrund und auch um dem Anspruch des Ortschaftsrates, einer maßvolle Haushaltsführung gerecht zu bleiben, wurden bereits in den Sitzungen am 28.01. und 29.04. 2014 erste grundsätzliche Überlegungen für die Beantragung von investiven Maßnahmen für den Bereich Neureut angestellt und beraten.

In der nichtöffentlichen Sitzung am 27.05.2014 wurde endgültig Beschluss gefasst und auch festgelegt, welche Maßnahmen in den Haushaltsplan-Entwurf aufgenommen werden sollen. Der dieser Beschlussvorlage beigefügte Ortsteilhaushaltsplanentwurf für den investiven Haushalt listet die nach Überarbeitung durch die Stadtkämmerei vorgesehenen Maßnahmen auf. Die Abweichungen gegenüber den vom Ortschaftsrat am 27.05.2014 beschlossenen Vorhaben sind mit entsprechenden Kommentaren versehen, auf die ich im Einzelnen noch eingehen werde.

Zunächst aber noch ein Wort zur Investitionspauschale in Höhe von 16 € je Einwohner, – zum einen für die erst Mitte des Jahres neu in den Ortschaftsrat hinzugekommenen Damen und Herren, aber auch für das Publikum. Seinerzeit im Jahre 1998, also vor 17 Jahren wurde die IP den Ortschaftsräten vom Gemeinderat zugestanden. Damit sollte ein Stück mehr Verantwortung an die Ortschaften zurückgegeben werden. Die Regelung bestimmt, dass der Ortschaftsrat für Vorhaben im Einzelfall bis rd. 41.000 € eigene Schwerpunkte bei bestimmten Investitionen innerhalb der Ortschaft setzen kann. Beispielsweise für die Beschaffung von Geräten und Maschinen oder in wesentliche Verbesserungsmaßnahmen bzw. Herstellungskosten an Infrastrukturvermögen. Für diese Maßnahmen gibt es eine gesondert vorgegebene Abgrenzung von Herstellungskosten und dem Erhaltungsaufwand. Dies bedeutet, dass verschiedene Maßnahmen, z.B. im Bereich Hochbau- und Gebäudewirtschaft, die bisher über den Finanzhaushalt abgewickelt wurden, nunmehr über den Ergebnishaushalt abzurechnen sind, da lediglich die Erstinvestition über den Finanzhaushalt abgewickelt werden soll. Sanierungen u.ä. sind demgegenüber aus dem Ergebnishaushalt zu finanzieren. Ungeachtet dessen stehen für beide Haushaltsjahre insgesamt 587.800 € in Form von IP-Mitteln zur Verfügung. (18.369 EW). Die dazu vom Ortschaftsrat beschlossenen Maßnahmen wurden überwiegend unverändert in den Planentwurf aufgenommen.

Vorgenommene Veränderungen sind im vorgelegten Planentwurf berücksichtigt. (Z.B. Wärmebildkamera, Mehraufwand von 1.000 €; Kehrmaschine Schulzentrum 15.000 € eingereicht als IP wurden auf Stadtmittel umgesetzt; FBA geringwertige Vermögens-Gegenstände in Höhe von 2.320 € wurden aus nicht übertragenen HH Resten eingesetzt).

Bei den IP-Mitteln handelt es sich um folgende Positionen:

	2015	2016
<b>THH 1500 OV Neureut</b>	30.500	21.500
- Beschaffungen wie Technik, Geschäftsausstattung		
<b>THH 1500 BLH</b>	199.000	50.000
- u.a. Beschaffung von Stühlen, Betriebsausstattungen		
<b>THH 3700 Feuerwehr</b>	9.000	5.500
- Wechselcontainer für das Wechselladerfahrzeug		
- und Wärmebildkamera		
<b>THH 4300 JMS</b>	9.000	9.000
- Ersatz von Musikinstrumenten		
<b>THH 6600 Tiefbau</b>	57.500	42.500
- zum einen Beleuchtung des Verbindungsweges von Kirchfeld zum Friedhof mit 55.000 € und 40.000 € zur Herrichtung des Wohnweges der Donauschwabenstr. zwischen Zedern- und Lärchenweg; außerdem versch. Geräte		
<b>THH 6700 Gartenbau</b>	72.100	33.200
- Geräte und Maschinen u.a. ein Laubaufnahmemaschine		
<b>THH 6900 FBA</b>	2.320	-----
- Geringwertige Vermögensgegenstände		
<b>THH 8800 Gebäudewirtschaft</b>	35.000	-----
- Schutzzaun um den Waldsportplatz		
	414.420	161.700

Noch nicht mit Maßnahmen belegte IP-Rest-Mittel belaufen sich auf 11.680 €. Diese Mittel werden fortgeschrieben und stehen somit noch als Puffer für die kommenden Jahre bereit.

Bei den weiteren Investitionen, der nicht über die Investitionspauschale zu finanzierenden größeren Vorhaben, hatte der Ortschaftsrat ebenfalls verschiedene Maßnahmen angemeldet.

Sie wurden ebenfalls, teilweise mit Änderungen, in den Planentwurf aufgenommen:

Gänzlich neu aufgenommen wurde im

- THH Feuerwehr  
ein neues Fahrzeug: ein Gerätewagen, Logistik, Größe 2, mit hydraulischer Ladebordwand, als Ersatz für den bisherigen Schlauchtransportwagen; Kosten: 300.000€ pro Jahr 150.000 €
- Bisher nicht beantragt und insoweit auch nicht berücksichtigt wurde ein 3. Löschfahrzeug, da das aktuelle Fahrzeugkonzept ein solches nicht mehr vorsieht, und auch die bisherigen Verhandlungen und Einsatz aller ORat-Fraktionen mit der Branddirektion und dem betreffenden Dezernat zu keinem Erfolg führten.
- Die FDP-Fraktion hat daher einen Antrag formuliert, um für unsere schlagkräftige Feuerwehr dennoch hoffentlich zu einem guten Ende zu kommen.  
Dazu zitiert Ortsvorsteher Jürgen Stober aus dem Antrag: "Wie bereits mehrfach besprochen wurde, ist das 3. Löschfahrzeug für unsere Neureuter Feuerwehr keine Neubeschaffung sondern eine Ersatzbeschaffung und für die Sicherheit von Neureut und auch für die Grundsicherung im Stadtbereich notwendig. Dies wurde vom Kommando der Neureuter Wehr sehr eindrücklich vorgestellt und zum Ausdruck gebracht. Für die einsatz- und leistungsstärkste Abteilung mit einer 24-

stündigen Verfügbarkeit ist dieses 3. Löschfahrzeug gerade bei Großschadenslagen innerhalb Karlsruhes als auch überregional von größter Bedeutung. Allerdings hat sich die Branddirektion gegen die Anschaffung dieses Fahrzeuges ausgesprochen. Anfrage A1 Wie ist der aktuelle Sachstand zu dieser Beschaffung?

Antrag - A2: Falls das 3. LF nicht oder noch nicht im Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten ist, beantragt die FDP-Fraktion die Aufnahme des 3.LF in den DHH".

Obwohl ich angesichts der Gesamtumstände wenig Hoffnung auf ein Einlenken seitens der Stadt habe, sähe ich es als taktisch klüger an, in der inzwischen doch angespannten Lage noch etwas zuzuwarten, da zum einen das bisherige Fahrzeug noch bis Ende 2016 zur Verfügung steht, und sich bis dahin auch im personellen wie auch im politischen Raum durchaus noch einiges positiv bewegen könnte.

Wie dem auch sei, im Anschluss werden wir ja die Stellungnahmen der Fraktionen über einen evtl. Haushaltsantrag an den Gemeinderat hören und uns verständigen.

- Erfreulich ist demgegenüber die weiterhin gute Entwicklung im Schulbereich, und zwar auch in finanzieller Hinsicht. Der größte Posten unseres Finanzhaushalts im vergangenen Jahr kam ja mit immerhin 5,8 Mio. € dem Umbau und der Erweiterung unserer Waldschule mit 2 Klassenzimmern und dem Neubau eines 6-gruppigen Schülerhortes zugute. In zwei Wochen, am 06. Februar, findet die offizielle Einweihung statt, zu der ich Sie alle nochmals herzlich einlade. Und auch im kommenden Jahr sind weitere rd. 1,8 Mio. und 2017 rd. 37.000 € zum Abschluss der Maßnahme eingeplant.

- Ein weiteres Thema mit größeren finanziellen Auswirkungen steht ebenfalls an: der Neubau einer Mensa für unser Schulzentrum. Wir werden diesen **Wunsch aller Fraktionen** hier im Hause in der nächsten Sitzung des Ortschaftsrates am 10.02. thematisieren, und gemeinsam mit dem Gymnasium und evtl. auch mit der Realschule Neureut auf den Weg bringen. Wir haben dazu heute aber schon - ich möchte sagen, einfach verfrüht - zwei finanziell relevante Anträge vorliegen. Zum einen von der **FDP-Fraktion**, die sich für eine Planungsrate stark macht, um das Projekt entsprechend auf den Weg bringen zu können, und **zum anderen** von der **Fraktion der Grünen**, die bereits einen Betrag in Höhe von 540.000 € für das Haushaltsjahr 2016 mit einem Sperrvermerk beantragt.

Ich muss Ihnen dazu mitteilen, dass es vor einem grundsätzlichen Tätigwerden der Verwaltung zunächst notwendig ist, eine Lösung im Rahmen des Schulbau-förderprogrammes zu finden, d.h. wenn die staatliche Schulbehörde, das Regierungspräsidium und das Kultusministerium, einer entsprechenden Ganztageskonzeption zugestimmt haben.

Dies setzt aber voraus, dass sich zunächst die Schule äußert und daran anschließend auch der Schulträger, die Stadt, ihre entsprechende Zustimmung erteilt, und ein entsprechender Antrag bis spätestens 01.10. beim Regierungspräsidium eingeht.

Erst danach kann in die Kostenermittlung eingetreten werden, was nach Auskunft der Amtsleitung wie üblich über das sog. Planungskonto bei Hochbau- und Gebäudewirtschaft erfolgt. Die Einstellung einer **gesonderten Planungsrate**, wie von der FDP gewünscht, **ist leider nicht möglich**.

Die für die ersten Planungen entstehenden Kosten werden wie gesagt über das allgemeine Planungskonto abgewickelt. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Projekt dann tatsächlich auf den Weg gebracht ist, erfolgt eine Umbuchung auf die dann spezielle Haushaltsmaßnahme bzw. den entsprechenden Haushalts-titel.

**Ebenso** verhält es sich auch mit dem **Antrag der Grünen-Fraktion**. Bevor nicht ein Beschluss der Schule für ein Ganztagschulprogramm vorliegt, können auch keine Mittel für ein mögliches Projekt eingestellt werden; auch nicht mit einem Sperrvermerk, da vor allem noch keinerlei Kostenkontrolle stattgefunden hat.

Insoweit ist es mir zumindest zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht möglich, bzw. fällt es mit sehr schwer, diesen Antrag zur Abstimmung zu stellen. Ich bitte dafür um Verständnis und warten zunächst die Stellungnahmen der Fraktionen ab. Aber wie schon gesagt, am 10.02.2015, werden wir das alles nochmals aus berufenerem Munde hören.

- Kommen wir nun noch zum Bereich Tiefbau. Dort werden insgesamt 1.350.000 € investiert. Schwerpunkte sind dabei der Umbau und die Verbesserung der Alten Friedrichstraße, zwischen Teutschneureuter Straße und Drosselweg, die Straße An der Waldschule zw. Gilde- und Moldaustraße, die Gürrichstraße ab der Teutschneureuter Straße bis Haus Nr. 27 und der Wohnweg der Donauschwabenstraße zwischen dem Zedern- und Lärchenweg
- Im Bereich Gartenbau geht es vor allem um die Sanierung bzw. Neugestaltung der Kinderspielplätze Bachenweg, Katzenbuckel und am Tannenweg mit einem Gesamtaufwand von 166.000 €
- Im Bereich Entwässerung schlagen die Netzsanierungen in der Zehntwaldstraße, des Zedernweges und die Inliner-Sanierung in der Donauschwabenstraße sowie im Eibenweg zu Buche. Gesamtsumme hier 400.000 €. Weitere 500.000 € in 2015 und 800.000 € in 2016 fließen vornehmlich in die Fortführung der Erschließung des Konversionsgebietes in Kirchfeld.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann ich zum Finanzhaushalt feststellen, dass dieser mit seinem Gesamtansatz, d.h. mit IP-Mitteln und den weiteren Investitionen für beide Jahre mit rd. 7,7 Mio.€ durchaus sehen lassen kann.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz auf den Ergebnishaushalt eingehen. Für die Bereiche der Ortsverwaltung mit der Badnerlandhalle, der Schlauchwerkstätte und der Jugendmusikschule wurden wie in den zurückliegenden Jahren wieder Budgets für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für sonstige Aufwendungen zugeteilt, die sich für die beiden kommenden Jahre wie folgt darstellen:

Haushaltsjahr	2015	2016	(2014)
OV Neureut	76.768 €	76.768 €	(70.360 €)
Badnerlandhalle	67.065 €	67.065 €	(62.330 €)
Schlauchwerkstatt	2.346 €	2.346 €	( 2.300 €)
Jugendmusikschule	9.129 €	9.129 €	( 8.200 €)

Sie erkennen einmal mehr, dass die Mittel nicht gerade rosig bemessen sind, aber wir werden wieder unser Bestes tun, um entsprechend auszukommen und zumindest das Notwendigste erledigen zu können.

Mein besonderer Dank geht nun noch an meinen Kollegen Dieter Jänicke, dem Leiter unseres Rechnungsamtes, für die wiederum kompetente und saubere Aufbereitung des Zahlenmaterials und die übersichtliche Darstellung. Vielen Dank. Die abschließenden Beratungen des Gemeinderates werden am 03. und 04. März stattfinden. Am 24.03. folgt dann noch der endgültige Haushaltsbeschluss.

Wir kommen nun zu den Stellungnahmen unserer Fraktionen, zunächst für die CDU, Herr Karsten Lamprecht, für die SPD, Frau Barbara Rohrhuber, für die Grünen, Frau Dr. Hugenschmidt und für die FDP, Herrn Dieter König".

Für die **CDU-Ortschaftsratsfraktion** führt deren Vorsitzender Karsten Lamprecht aus:

"Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrte Damen und Herren, das Jahr 2015 hat gerade angefangen und steht in Karlsruhe ganz im Zeichen des 300 jährigen Stadtgeburtstages. Auch die Neureuter Bürgerinnen und Bürger werden sich im Rahmen der Feierlichkeiten beteiligen. Jedoch sollte man auch bei aller Freude über das 300 jährige Bestehen unserer Stadt nicht vergessen, dass sich auch die unliebsame Eingemeindung von Neureut zum 40. Mal jährt.

Gerade auch bei den Haushaltberatungen muss man immer wieder die Sonderstellung von Neureut auf Grund dieser Eingemeindung herausheben. Daraus ergibt sich auch, dass wir heute über den Ortsteilhaushaltsplan, wie er in dem über 550 seitigen Gesamthaushalt der Stadt Karlsruhe genannt wird, beraten. In den Zeitungen sind in den letzten Tagen immer wieder Berichte über die verschiedenen öffentlichen Haushalte zu lesen, z.B. dass es im Bund 2014 zum ersten Mal seit 1969 gelungen ist einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen. Im Landeshaushalt werden derzeit leider wieder neue Schulden gemacht und das klare Ziel des Schuldenabbaus ist unter der grün-roten Landesregierung in weite Ferne gerückt.

In Karlsruhe wurden in der letzte Woche die Haushaltsreden gehalten.

Und auch in Neureut liegt uns der Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2015 und 2016 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Die Einnahmen und Ausgaben sind detailliert dargestellt und die Zahlen sind in gewohnter Weise von der Verwaltung vorbildlich aufbereitet und zur Verfügung gestellt. Hierfür gilt unser Dank besonders unserem Rechnungsamt, allen voran unserem Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke.

Wenn wir wieder über den neuen Doppelhaushalt beraten, müssen wir uns vor Augen führen, dass es sich bei den Einnahmen um Steuern von den einzelnen Bürgern und Unternehmen unserer Stadt geht, die diese zwangsweise und ohne unmittelbare Gegenleistung zur Deckung des Finanzbedarfes leisten müssen.

In Zeiten, in denen diese Steuereinnahmen so sehr sprudeln wie im letzten Jahr muss sich daher jeder einzelne Politiker wieder darüber im Klaren sein, wie wichtig es ist einen ausgeglichen und sinnvollen Haushalt aufzustellen; bzw. durch mögliche Haushaltsüberschüsse die Schulden der Vergangenheit zu tilgen und nicht weitere aufzubauen. Die Politik steht nicht nur in der Verantwortung gegenüber den Bürgern bzw. Wählern, die momentan in Ihrem Wahlkreis leben, sondern vor allem auch gegenüber den zukünftigen Generationen.

Man braucht nach den letzten turbulenten Jahren in manchen Euroländern nicht weiter ausführen, welche Folgen eine jahrelange Misswirtschaft der Politik mit sich bringt.

In diesem Zusammenhang ist es für uns als CDU Fraktion unverständlich und verantwortungslos von unserem Oberbürgermeister einen Haushalt einzubringen, der voraussichtlich fast eine Verdreifachung der Pro-Kopf-Verschuldung mit sich bringt.

Aus diesem Grund ist es gerade auch für uns im Ortschaftsrat von Neureut wichtig, nicht nur Wünsche zu artikulieren, sondern den Bedarf, die Notwendigkeit und eben diese Wünsche abzuwägen und nach genauer Beurteilung die wichtigen Punkte in den Haushalt einzubringen. Dies haben wir auch für diesen Haushalt wieder in zahlreichen Gesprächen und Sitzungen getan.

Gerade auch bei diesen Gesprächen wurden wir von den Neureuter Unternehmerinnen und Unternehmern in unseren Bedenken und unserer

Ablehnung zu der geplanten Gewerbesteuer-Anhebung bestärkt. Die Gewerbesteuer ist zweifelsfrei die größte Einnahmequelle der Stadt Karlsruhe, aber die Unternehmen in Karlsruhe kann man nicht immer weiter belasten. Beim Blick auf den Wirtschaftsstandort in Neureut müssen wir hier das enorme Risiko der Abwanderung von Unternehmen z.B. in die neu geschaffene Erweiterung des Gewerbegebietes in Eggenstein befürchten, wo schon jetzt ein erheblich niedrigerer Gewerbesteuersatz als in Karlsruhe gilt. Und das bei einer räumlichen Entfernung von nicht einmal 200m.

Wir können in diesem Zusammenhang nur an die Karlsruher Gemeinderäte appellieren, die vom Oberbürgermeister geplante Erhöhung abzulehnen.

Natürlich verbinden sich viele Erwartungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger mit persönlichen Lebensvorstellungen. Dazu zählen u. a. Arbeitsplätze, Infrastruktur, ÖPNV, Kultur und Sport, wie auch Schulen und Kindergärten. Gerade beim letzten Punkt haben wir in den letzten Jahren schon viel Geld investiert und werden es auch in diesem Jahr wieder tun.

Die Waldschule ist fertig gestellt und bezogen. Die Container für den Schülerhort haben endlich ausgedient und die Kinder fühlen sich in dem Neubau sichtlich wohl. Der Einsatz in den letzten Jahren hat sich gelohnt.

Nun gilt es noch, wie von uns schon am Anfang der Bauarbeiten beantragt, die Verkehrssituation vor der Waldschule zu verbessern. Die Errichtung einer Schranke zum Bereich der Lehrer-Parkplätze und die Einführung einer Einbahnstraße sehen wir als wichtiges Mittel an, einen sicheren Schulweg für die Kinder in der Kirchfeldsiedlung zu schaffen.

Bedauerlicherweise können wir noch keine Mittel für den sicher benötigten und von uns gewünschten Neubau einer Mensa im Schulzentrum einstellen. Die immer weiter steigenden Zahlen bei der Mittagsessenausgabe machen diese Investition unabdingbar. Die Planungen sind jedoch leider noch nicht weit genug voran geschritten um diese bereits heute in den Haushalt einzubringen.

Wir versichern jedoch, dass wir alles daran setzen, dies in den nächsten Doppelhaushalt einzubringen und so lange die benötigten Mittel für eine Verbesserung des nicht mehr zumutbaren provisorischen Betriebs bereitzustellen. Auch die Schulpolitik, die nicht unmittelbar mit dem Haushalt in Verbindung steht, wird uns in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Einführung der Ganztages Grundschule an der Nordschule sehr und hierbei vor allem die Wahlmöglichkeit der Eltern und Kinder.

In diesem Zusammenhang sehen wir großen Handlungsbedarf auch an der Südschule; hier muss im Interesse der Neureuter Kinder und Eltern von Bürgermeister Lenz die flexible Nachmittagsbetreuung für alle Klassenstufen freigegeben werden. Hierzu haben wir bereits im letzten Jahr einen Antrag eingebracht und erwarten, dass wir in der nächsten Sitzung mit Herrn Lenz hier eine Einigung erzielen können.

Nun aber zu den Zahlen von Neureut:

Bei den Zahlen fallen immer wieder die Mittel für die Investitionspauschale auf. Die 16€ pro Einwohner, die sich in diesem Doppelhaushalt auf 587.600€ belaufen, sind leider keine zusätzlichen Gelder, die dem Ortschaftsrat zur Verfügung gestellt werden, sondern Gelder, die aus den Budgets der einzelnen Fachämter herausgebrochen werden. Die Besonderheit hierbei besteht darin, dass die Mittel nicht anonym aus einem städtischen Amt verwaltet werden, sondern gezielt vom Ortschaftsrat für unser Neureut eingesetzt werden können.

In diesem Doppelhaushalt werden die IP Mittel insbesondere für die Ersatzbeschaffung der Ortsverwaltung, wie z.B. EDV Ausstattung oder Technische Anlagen investiert. Einen weiteren großen Anteil investieren wir in diesem Jahr in Badnerlandhalle, mit der Anschaffung neuer Stühle und weiterer

Betriebs- und Geschäftsaustattung. Es ist erfreulich, dass die Badnerlandhalle nicht dasselbe Schicksal wie andere Hallen in Karlsruhe ereilt hat und diese aus brandschutztechnischen Gründen geschlossen werden musste. Diesen Umstand haben wir der schnellen Reaktion unseres Bauamtes und der Unterstützung unserer Freiwilligen Feuerwehr zu verdanken, die im November und Dezember in zahlreichen Brandwachen das reguläre Programm aufrechterhalten haben.

Weiter haben wir wieder Mittel für den Erwerb von Musikinstrumenten in der Jugendmusikschule eingestellt, wie auch für die Erneuerung und die Energieeinsparung im Bereich der Straßenbeleuchtung. So bekommt auch der Weg zwischen dem Hauptfriedhof und Kirchfeld eine neue Beleuchtung.

Des Weiteren setzen wir, was uns besonders am Herzen liegt, wieder Mittel für die Sanierung von Kinderspielplätzen und die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten ein.

Aber auch die Freiwillige Feuerwehr statten wir über die Investitionspauschale mit neuen Geräten und Technik aus, so wird der dringend benötigte Austausch der in die Jahre gekommenen Wärmebildkamera und ein Pritschenaufbau als Wechselcontainer realisiert.

Im Haushaltsplan-Entwurf ist auch die Ersatzbeschaffung eines Schlauchwagens für die Feuerwehr vorgesehen. Unverständlicherweise konnten wir den Brandschutzdirektor und das zuständige Amt nicht davon überzeugen, das für die Feuerwehr Neureut so wichtige 3. Löschfahrzeug als Ersatzbeschaffung in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Es gibt sehr viele Gründe die für diese Ersatzbeschaffung sprechen, ich möchte nur ein paar wenige anführen. Die Freiwillige Feuerwehr Neureut ist mit 95 Aktiven die mit Abstand größte Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr in ganz Karlsruhe. Die Kameraden in Neureut sind 24 Stunden einsatzbereit und bringen immer in kürzester Zeit einen gesamten Zug zum Einsatz. Bei sogenannten Großschadenslagen kann die Freiwillige Feuerwehr über eine Vielzahl von Stunden alle Fahrzeuge auf Grund ihrer großen Anzahl an Aktiven zum Einsatz bringen. Die Neureuter Wehr stellt, falls beide Einsatzzüge der Berufsfeuerwehr im Einsatz sind, einen weiteren Einsatzzug bereit und unterstützt diese auch bei weiteren Einsätzen im Stadtgebiet. Falls dies der Fall ist wäre in Zukunft kein weiteres Löschfahrzeug mehr in Neureut für den Einsatz zur Verfügung.

Um diese Gefahr für unsere Neureuter Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden, unterstützen wir den Antrag unserer FDP Kollegen und werden für die Aufnahme des 3. Löschfahrzeuges in den Haushaltsplan stimmen.

Die großen Summen im Haushalt machen in diesem Jahr wieder die Waldschule, die nochmals mit rund 1,8 Millionen im Haushalt ist. Die Sanierung von Abwasserkanälen, vorwiegend in der Kirchfeldsiedlung mit rund 1,4 Millionen, sowie die Verbesserung der Straßen mit rund 1 Million, so werden Teile der Alten Friedrichstrasse, der Strasse an der Waldschule, der Donauschwabenstraße, Gürrichstraße und Am Gartenberg saniert oder ausgebaut.

Nach diesen Zahlen möchte ich auf eines der wohl am längsten diskutierten Themen eingehen: unser Adolf Ehrmann Bad. Das Thema wird schon so lange im Ortschaftsrat mit der Stadt diskutiert, dass ich Vieles nur aus Protokollen oder Erzählungen kenne. Denn auch hier liegt der Ursprung schon im Eingemeindungsvertrag, aber keine Sorge, ich werde Ihnen nun nicht alle Punkte, die in den letzten 40 Jahren zu diesem Thema angefallen sind, aufzählen.

Für uns als CDU Fraktion steht aber fest das nun endlich an der Zeit ist zu handeln. Wir können uns als Ortschaftsrat nicht länger von Bürgermeister Lenz vertrösten lassen, weil gerade ein anderes Bad in Karlsruhe neu gebaut oder saniert wird. Neureut braucht ein attraktives Familienbad, das auch von unseren Schulen und Vereinen genutzt werden kann. Es darf nicht sein, dass die Kinder in

Neureut nicht mehr schwimmen lernen können, da es nicht genug Bahnen für den Schulsport gibt. Es ist uns klar, dass unser Adolf Ehrmann Bad den modernen Ansprüchen an Technik, Attraktivität oder Anzahl an Schwimmbahnen nicht mehr gewachsen ist. Wir halten einen Neubau als wirtschaftliche Alternative um das dringend benötigte Bad zu realisieren.

Es wird die Aufgabe des gesamten Ortschaftsrates und der Ortsverwaltung sein, den Bäderdezernenten und die einzelnen Gemeinderäte davon zu überzeugen, dass ein neues Familienbad in Neureut gebaut werden muss.

Wir sehen bei dem Thema der Finanzierbarkeit eines Neubaus auch Möglichkeiten durch die Ausweisung des dringend benötigten Baulandes im Zentrum 3 und den damit verbunden Möglichkeiten einer Gegenfinanzierung durch Verlegen des Festplatzes oder einem Neubau an anderer Stelle.

Bevor ich zum Ende meiner Ausführungen komme möchte ich noch auf die Personalstärke in der Ortsverwaltung eingehen. Im Gesamtstädtischen Haushalt machen mit ca. 280 Millionen Euro die Personalaufwendungen über ein Viertel des Gesamthaushaltes aus. Bis 2016 sollen sich die Aufwendungen auf 310 Millionen steigern. Seit dem Amtsantritt von Herrn Oberbürgermeister Mentrup wurden ca. 250 neue Stellen in der Stadt geschaffen und es sollen weitere Stellen folgen. Auch diese Einstellungspolitik kann nicht zum Wohle der Stadt sein und muss grundsätzlich hinterfragt werden. Bedauerlicherweise sind von diesen Personaleinstellungen nicht viel in Neureut angekommen, obwohl das Gutachten über die Effektivität der Ortsverwaltungen sehr wohl einen Personalbedarf bei den vielen Aufgaben aufzeigt. Neureut ist in den letzten Jahren von seiner bebauten Fläche wie auch von seiner Einwohnerzahl stark gewachsen auch dies würde eigentlich für mehr Personal im Bereich Neureut sprechen.

Ich will mit diesen Ausführungen nicht noch mehr Einstellungen fordern, sondern nochmals unterstreichen, dass gesamtstädtisch besonders die wirkliche Notwendigkeit der Einstellungen geprüft werden muss.

Für Neureut ist es in diesem Zusammenhang besonders wichtig, dass frei werdende Stellen schnell wieder besetzt werden und unser Personalbestand erhalten bleibt. Nur so kann auch unsere Verwaltung weithin so nahe und erfolgreich für die Neureuter Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herrn, zum Schluss möchte ich nochmals auf die schon anfangs erwähnte 40-jährige Zwangseingemeindung eingehen. Der damals geschlossene Eingemeindungsvertrag und unsere Ortschaftsverfassung hat nun noch eine Laufzeit von gerade mal 10 Jahren, jeder weiß, wie schnell die Zeit in der Politik vergeht. Daher fordern wir heute schon unseren OB Herrn Mentrup auf, eines seiner Wahlversprechen umzusetzen und mit uns über die Fortschreibung des Eingemeindungsvertrages und der Ortschaftsverfassung zu beraten und wie versprochen die Beibehaltung der Ortsverwaltungen und des Ortschaftsrates zu garantieren.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Entwurf für den Ortsteilhaushalt Neureut zu. Wir stimmen ebenfalls dem Antrag zur Aufnahme des Löschfahrzeuges wie vorhin schon ausgeführt zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber** gibt für die **SPD-Fraktion** folgende Stellungnahme ab:

"Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,  
der Entwurf für den Neureuter Doppelhaushalt 2015/2016 enthält viele wertvolle Investitionen für Neureut und die meisten bisherigen Wünsche des

Ortschaftsrates haben in den Entwurf Eingang gefunden. Hier möchten wir uns zunächst für die sehr kompetente Aufstellung, die Aufbereitung des Zahlenmaterials und die laufende Anpassung durch unser Rechnungsamt insbesondere bei Ihnen, sehr geehrter Herr Jänicke bedanken.

Viele Investitionen aus dem vergangenen Doppelhaushalt vor allem in Kindergärten und Schulen wurden inzwischen weitgehend fertig gestellt wie etwa der Schülerhort der Waldschule. Er kommt dem dank des starken Zuzuges jungen Stadtteil Kirchfeld-Nord zu Gute. Ein Teil dieser Kosten wird noch im kommenden Doppelhaushalt in Höhe von gut 1,8 Mio. Euro finanziert. Wie sich an der intensiven Mitarbeit sehr engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Neureut an dem aktuellen Stadtteilentwicklungsprojekt zeigt, war die Investition in dieses Projekt gut angelegt, bringt neue Ideen und Konzepte auf den Weg und fördert dabei gleichzeitig die Identifikation aller Beteiligten mit dem als sehr lebenswert wahrgenommenen Neureut.

40 Jahre Eingemeindung gegen den damaligen Willen der Neureuter Bevölkerung zeigen einen gelungenen Prozess von Integration in die Stadt Karlsruhe bei größtmöglicher Eigenständigkeit Neureuts dank eines klugen Eingemeindungsvertrages, einer leistungsfähigen Ortsverwaltung und eines Ortschaftsrates, der sich um die Wünsche und Bedürfnisse der Neureuter Bürgerinnen und Bürger parteiübergreifend und unmittelbar bemüht. Der Wert dieser dezentralen Verwaltung und Organisation wird von der Stadtverwaltung und vor allem von unserem Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup erkannt, gefördert und nicht in Frage gestellt.

Bei aller Eigenständigkeit freuen wir uns aber auf das große Festival zum 300. Geburtstag von Karlsruhe, das auch in Neureut intensiv und nachhaltig begangen wird und mit dem „zweiten Neereeder Fasenachtsumzug“ am kommenden Sonntag „eingeläutet“ wird.

Ich möchte nun einige geplante und noch aufzunehmende Investitionen aus dem investiven Finanzhaushalt der Stadt mit einem Investitionsvolumen für Neureut in Höhe von rund 7,1 Mio Euro zuzüglich Investitionspauschale (kurz „IP“) in Höhe von knapp 600.000 Euro hervorheben:

#### **IP-Mittel**

Wir können dank der Neureut aus anderen städtischen Budgets zugewiesenen IP-Mitteln von € 16.-- pro Einwohner im kommenden Doppelhaushalt die Bandnerlandhalle mit einer Neubestuhlung weiterhin als attraktiven Veranstaltungsort sichern. Aber auch die technische Ausstattung des Neureuter Gartenbauamtes und der Ortsverwaltung, die Sanierung und Beleuchtung von Gehwegen und die Erneuerung von drei Spielplätzen sowie die Außenanlage des neuen Schülerhorts der Waldschule können auf diese Weise realisiert werden.

Die Freiwillige Feuerwehr wird die bei Brandeinsätzen für die Angriffstruppe unerlässliche neue Wärmebildkamera aus IP-Mitteln erhalten und die Jugendmusikschule bekommt aus diesen Mitteln neue Instrumente.

In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob die starre Grenze von maximal € 41.000 pro Investition aus Mitteln der Investitionspauschale auf Dauer beibehalten werden muss.

Der weitere Betrieb des **Adolf-Ehrmann-Bades** wird durch notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen sichergestellt werden. Über das mittelfristige Ziel eines Badneubaus sind sich inzwischen alle Parteien in Neureut einig und werden ihn unterstützt von der Ortsverwaltung und dem neu gegründeten Förderverein gegenüber der Stadt immer wieder deutlich einfordern.

Unser Dank geht an die **Freiwillige Feuerwehr**, die mit einer Stärke von 95 gut ausgebildeten Feuerwehrleuten de facto den dritten Löschzug für die Stadt

Karlsruhe stellt. Dies bedeutet Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr Neureut an 24 Stunden und 365 Tagen im Jahr und die damit verbundene Kostenersparnis des Stadthaushaltes liegt für die Einsatzbereitschaft von 19 für einen Löschzug notwendigen Feuerwehrleuten rund um die Uhr bei überschlägig 23 Mio. Euro jährlich. Um die exzellente Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Neureut weiterhin sicherzustellen, fordert die SPD-Fraktion die in 2016 notwendige Ersatzbeschaffung des dritten Löschfahrzeuges der Neureuter Feuerwehr im Fahrzeugkonzept der Branddirektion zu berücksichtigen. In Übereinstimmung mit dem Antrag der FDP-Fraktion sollten die Kosten hierfür in Höhe von ca. € 300.000.-- in den Doppelhaushalt 2015/2016 eingestellt werden. Dieses Fahrzeug mit Allradantrieb ist außerdem für eine weiterhin erfolgreiche Jugendarbeit unerlässlich und sein Standort in Neureut vor allem wegen der Gefahr von Großschadenslagen durch Industriebetriebe und Forschungseinrichtungen rund um Neureut zum Grundschutz erforderlich und sinnvoll. In diesem Zusammenhang ist es der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass die neue Alarm- und Ausrückeordnung der Stadt Karlsruhe die besondere Leistungsfähigkeit der Neureuter Feuerwehr durch darauf zugeschnittene differenzierte Regelungen berücksichtigt und entsprechend geändert wird. Die Berufsfeuerwehr kann sich auf den stets einsatzbereiten Löschzug der freiwilligen Feuerwehr Neureut verlassen und kann dann wieder mit einer kleineren Einheit ausrücken wie es sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hat.

Bereits mit unserem Antrag auf kostenkontrollierte Planung vom 6. November 2014 hat die SPD-Fraktion das Erfordernis einer **neuen Mensa für das Schulzentrum** in den Fokus gerückt. Wir unterstützen grundsätzlich den Antrag der Fraktion der Grünen vom 18.01.2015 auf Aufnahme der Kosten noch in den Doppelhaushalt 2015/2016 und haben heute hilfsweise Container als Zwischenlösung beantragt, falls der Mensaneubau wegen des sehr engen Zeitrahmens und der noch nicht vorhandenen formalen Voraussetzungen nicht mehr auf die Prioritätenliste für den Doppelhaushalt 2015/2016 kommt. Eine Zwischenlösung erachten wir dann als notwendig, um den Mensabetrieb für die kommenden Jahre unter Beachtung brandschutzrechtlicher, arbeitsrechtlicher, hygienischer und für den Schulbetrieb angemessener Bedingungen aufrechterhalten zu können.

Im Zuge eines Mensaneubaus sollte in das neue Raumkonzept dringend eine Erweiterung des Lehrerzimmers der Realschule miteinbezogen werden, damit jeder Lehrer einen eigenen Arbeitsplatz erhält.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2015/2016 für Neureut im Übrigen zu.

**Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** meint in ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Haushaltsentwurf, dass sie diese kurz halten werde, weil viele Dinge, die bereits gesagt wurden, sie sich anschließe und nur wiederholen würde. Dem Haushalt stimme ihre Fraktion zu, zudem dankte sie für die solide ausgearbeiteten Haushaltsunterlagen.

Zu einem der "Steckenpferde", dem Mensaneubau, erläutert sie, dass in vielen Gesprächen, bei Ortbegehungen klar herausgekommen sei, dass der Bedarf in letzter Zeit rasch gestiegen sei. Diesem Bedarf werde man mit der jetzigen Lösung nicht mehr gerecht. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Dabei sei in Gesprächen immer vom Haushalt 2017/2018 die Rede. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass man die Mittel durchaus im Haushalt 2015/2016 noch beantragen könne, es gebe keine formalen Kriterien, die dagegen sprechen.

Dr. Hugenschmidt begründet die dringende Handlungslage damit, den Kindern eine gute Versorgung gewährleisten zu können. Unter allen Fraktionen sei es ihrer Meinung nach unstrittig, dass der Mensaneubau kommen solle. Dies sei Konsens. Die Frage sei nur, wie könne man dies beschleunigt hinbringen könne? Denn gehe man in den 2018 er Haushalt, dauere es 3 1/2 - 4 Jahre bis die Mensa in Betrieb sei. Dies sei ein zu langer Zeitraum und sie verdeutlichte dies auch an Risiken einer europaweiten Ausschreibung. Man habe nach Möglichkeiten gesucht, um die Mittel noch in den Doppelhaushalt 2015/2016 einzustellen, was auch formal möglich sei. Zum Prozedere führte sie aus, dass man die Mittel im Haushalt mit oder ohne Sperrvermerk beantragen könne. Es müsse nicht auf eine kostenkontrollierte Planung zurückgegriffen werden, was zwar wünschenswert, aber keine Grundlage sei. Ein Gespräch mit Direktor Hedinger habe gezeigt, dass man dort bereits im Grunde eine Ganztageschule in der Version fahre, in der es genehmigt werden sollte. Man sei bei einer Konzeption und versuche eine Genehmigung beim Regierungspräsidium einzuholen. Man könne also eine halbe Million mit Sperrvermerk für dieses Projekt im Haushalt beantragen. Als Vorteil hierfür sieht Dr. Hugenschmidt, dass dies für Neureut einen Gewinn bedeute, man hätte nichts zu verlieren. Man hätte sich für eine schnelle Lösung eingesetzt. Damit hätte man dem Bürgern und Bürgerinnen gezeigt, so schnell wie möglich zu versuchen, eine Lösung, die Handlungsbedarf habe, zu einem Ziel zu führen. Sie sehe keine Veranlassung auf den kommenden Doppelhaushalt zu warten. Sie sehe keinen Vorteil darin. Eine kostenkontrollierte Planung könne man nachreichen, unterstrich sie. Sie persönlich sehe damit nur die Möglichkeit, zu gewinnen. Wichtig sei, diese Vorgehensweise nach außen sauber zu kommunizieren: es handelt sich hier um einen wichtigen Schritt, nämlich um die Aufnahme in den 15/16 Haushalt, der noch der Genehmigung bedarf.

Für die **FDP-Fraktion** erteilt deren Vorsitzender Dieter König ebenfalls seine Zustimmung und führt aus:

"Im Namen der FDP Fraktion darf ich mich zunächst bei unserem Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke und seinem Team herzlich für den Haushaltsplan bedanken. Wir hatten durch den gut aufbereiteten Haushaltsplan bereits bei den Vorberatungen eine gute Ausgangsbasis für die Bearbeitung des Haushalts.

Der heutige Tag gibt uns auch die Gelegenheit uns ebenso beim Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht zu bedanken, der bei dem Integrierten Stadtteilprojekt Neureut 2020 die Fäden in der Hand hat und damit Prof. Reschl eine gute Arbeitsbühne bietet. Nicht zuletzt ein herzliches Dankeschön für die Konzeption und Projektleitung „**Neureut** klingt, singt und diniert in weiß“, das er gemeinsam mit Irma Boss zum 300. Geburtstag der Stadt Karlsruhe bearbeitet. Sichtbar für die Bürger wird die Arbeit aller Projektbeteiligten durch die Berichterstattung in den BNN und natürlich in unseren NN.

Unserem Ortsvorsteher, dem wir nachträglich zum 10 jährigen Dienstjubiläum und der Auszeichnung mit der Landesehrendnadel gratulieren, wollen wir für seine Unterstützung in allen Bereichen herzlich danken. Er versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten, unsere Anliegen positiv umzusetzen. Nicht vergessen wollen wir die Mitarbeiter der Ortsverwaltung die u.a. für ein sauberes Neureut sorgen. Geben Sie den Dank bitte an ihre Mitarbeiter weiter.

### **Nun zum DHH 2015 / 2016**

In den Vorbemerkungen der Tischvorlage wurde auf das Regierungspräsidium hingewiesen, das den Haushalt 13 / 14 nur mit der Maßgabe den **eingeschlagenen**

**Haushaltskonsolidierungskurs fortzusetzen, genehmigte.** Es ist schon verwunderlich, dass im Haushaltsplan eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgesehen ist. Es steht uns nicht zu, die städtische Verwaltung zu kritisieren, nachdem aber auch die Neureuter Unternehmen betroffen sind muss ich sagen, auch wir hätten dieser Gewerbesteuererhöhung nicht zugestimmt.

Wir in Neureut sind uns der Verpflichtung eines Haushaltskonsolidierungskurses bewusst und haben einen Teil-Haushalt aufgestellt der als **maßvoll und weitsichtig bezeichnet werden kann.**

Deutlich wird dies bei der Betrachtung der Gesamtsummen des Finanzhaushaltes mit den IP Mitteln – **für die Zuhörer** IP Mittel heißt, Investitionspauschale über die der OR im Einzelfall bis zu 41 T€ eigenverantwortlich verfügen kann –

Für beide Haushaltsjahre stehen uns 587.800 € zur Verfügung, die wir z.B. für die Beleuchtung des Verbindungsweges von Kirchfeld zum Hauptfriedhof, für den Waldsportplatz und für Maschinen im Gartenbau mit 576.120 € nicht voll ausgeschöpft haben. Von den geplanten Investitionen von rund 4,2 Mio. € in 2015 und 2,9 Mio. € in 2016 sind alleine 1,7 Mio. € für Erschließungsmaßnahmen, die wieder von den Anliegern in die Stadtkasse zurückfließen.

Dazu kommen rund 1,8 Mio. € in 2015 und 480 T€ für die Schulen z.B. In der Waldschule der Neubau des Schülerhorts und Erweiterung der Grundschule D.h. im Rückschluss von den rund 7,1 Mio. € Investitionen sind „nur“ 3 Mio. € für unsere „Standardinvestitionen“ wie Straßen, usw. im Haushalt. Bei einem Stadtteil mit **18.500 Einwohnern** kann man in der Tat von einem maßvollen ich betone **maßvollen Haushalt sprechen.**

Ich gehe nun in die Betrachtung der Einzelhaushalte, hier steht nun zufällig an erster Stelle mit 10 T€ die Sanierung der Neureuter Uhr. Wir freuen uns natürlich, dass unser Antrag angenommen wurde, zumal diese Uhr auf dem Neureuter Platz aus Spendenmitteln finanziert wurde, wobei damals 1996 die FDP diese Spendenaktion organisiert hat.

**Im THH** der Neureuter Feuerwehr wurde von der Branddirektion, als Ersatz für den alten Schlauchwagen, ein GW L2 für 300 T€ eingestellt. Dieses Großfahrzeug, für das Kompetenzcenter Wasser ist natürlich eine positive Überraschung für die Feuerwehr und wird gerne für den Zweck der Wasserförderung eingesetzt. Allerdings ist das nach Ansicht der FFN nicht das für Löschzwecke und Hilfeleistungen erforderliche 3. Löschfahrzeug.

Ein Ausspruch der alles sagt: **Nicht jedes rote Auto ist ein Löschfahrzeug**

Hierzu haben wir einen Antrag gestellt auf den ich später noch zu sprechen komme.

**Im THH der Musikschule und den Schulen** sind die Ansätze als ebenso maßvoll zu bezeichnen. Gerade bei der Musikschule werden die Instrumente sozusagen dauerhaft bespielt, es ist deshalb wichtig, dass für neue Musikinstrumente immer entsprechende IP Mittel zur Verfügung stehen.

**Unsere Gemeindestraßen** sind zwar nicht in einem optimalen Zustand aber dennoch im Großen und Ganzen als befriedigend zu bezeichnen. Ein Sorgenkind ist die Alte Friedrichstr. die jetzt mit einem Teilstück von der Teutscheureuter Str. bis zum Drosselweg im Haushalt enthalten ist. Nachdem dieser Bereich so marode ist wurde er vorgezogen. Für uns wäre es natürlich wünschenswert gewesen, wenn der Abschnitt von der Mittelstorstr. bis zum Drosselweg in einem Stück saniert würde. Im wirklich maßvollen Blick auf die Gesamtfinanzen der Stadt sind wir mit diesem Vorgehen einverstanden, merken aber gleichzeitig an, den Umbau des Abschnittes Mittelstorstr. bis Teutscheureuter Straße in den Haushalt 17 / 18 einzustellen.

Ein große Einzelinvestition sind auch die Kinderspielplätze im Bachenweg, Tannenweg und Katzenbuckel mit rund 165 T€, das ist zwar eine Riesensumme aber für unsere Kinder sind jedoch stabile und Vandalismus sichere Spielgeräte von großer Bedeutung. Ein großes Anliegen das wir angemeldet haben, ist uns die

Beschattung der KSPlätze mit Sonnensegel. Wir bitten daher die Verwaltung bei der Planung eine Beschattung zu berücksichtigen. Klar ist, wir müssen den Kindern für ihre Freizeitgestaltung einen Raum schaffen, Räuber und Gendarmspiele, wie wir sie früher im Rheinwald gespielt haben, sind aus den verschiedensten Gründen out. Dennoch empfehlen wir den Kindern – und den Eltern - auch mal mit dem Fahrrad den nahen Rheinwald und den Hardtwald zu erkunden.

Für die Jugendlichen wurde beim Stadtteilprojekt Neureut 2020 extra eine Arbeitsgruppe gebildet die sich ausschließlich mit den Anforderungen und Wünschen befasst hat. Nach der Auswertung durch Prof. Reschl werden wir nach unseren Möglichkeiten, diese „Jugendprojekte“ unterstützen.

**Mit 1,2 Mio. ist die Erschließung des Konversionsgeländes** Gewerbegebiet Kirchfeld – Nord im Haushalt. Damit ist der Grundstein für die Bebauung gelegt. Als erste Maßnahme ist die Umsiedlung der Zauneidechse in den Grünzug vom Rewe bis zum Fortuna bereits in Arbeit. Wir haben im Ausschuss deutlich gemacht und wollen es hier nochmals klar sagen, die Erschließung dieses Gewerbegebietes kann nur über die noch **zu bauende Zufahrt – Kreuzung Querspange – Li Landstr. erfolgen**. Baufahrzeuge können keinesfalls über den Blankenlocher Weg und den „Überlauf“ beim Fortuna in das Gewerbegebiet einfahren. D.h. die umfangreichen Planungs- und Bauleistungen für diese Kreuzung müssen umgehend erfolgen.

Gerne hätten wir noch unsere weiteren Vorschläge im DHH 15 / 16 wie z.B. die vorgeschlagene Weihnachtsbeleuchtung auf der Neureuter Hauptstr. gesehen. Vielleicht ergibt sich durch Patenschaften aus der Neureuter Geschäftswelt in den nächsten Jahren eine realisierbare Lösung.

Nachdem die Liegezeiten im Nordfriedhof abgelaufen sind, hätten wir uns bereits in diesem Haushalt eine Planungsrate für die Neugestaltung des Nordfriedhofs gewünscht. Mit der Verschiebung des Projektes in den Haushalt 17 / 18 sind wir einverstanden und werden es nochmals rechtzeitig anmelden.

Nun zu unseren Anträgen zum DHH

Bei verschiedenen Gesprächen mit dem Kommando und dem Feuerwehr-Ausschuss der Neureuter Wehr, wurde mehr als deutlich, wie wichtig für die Sicherheit der Neureuter Bürger der Ersatz des alten LF von 1988 ist. Mit 27 Jahren pfeift die alte Dame aus dem letzten Loch. In Anbetracht dessen wird sie auch soweit als möglich geschont. Es ist im Fuhrpark der FFN das **einzigste Fahrzeug mit Allradantrieb**, da wir immerhin eines der größten Waldgebiete, Wiesen und Ackerflächen im Stadtgebiet haben ist das von größter Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb ist es notwendig, dass dieses LF durch ein ebenfalls mit Allrad ausgestattetes Fahrzeug ersetzt wird. Darüber hinaus ist dieses Fahrzeug bei Großschadenslagen unentbehrlich. Sobald der Neureuter Löschzug im Stadtgebiet oder im Umland im Einsatz ist, haben wir zwar gut ausgebildetes und engagiertes Personal im Feuerwehrhaus aber kein Fahrzeug mit entsprechendem Equipment zur Verfügung. Wir müssen deshalb für die Sicherheit von Neureut rechtzeitig für Ersatz sorgen. Ich denke wir sind es nicht nur den Neureuter Feuerwehrfrauen und Männern, sondern auch unseren Neureuter Mitbürgern schuldig, einen adäquaten Ersatz für dieses alte LF zu beschaffen.

Zum zweiten Teil dieses Antrages:

Seit einigen Wochen ist die **neue AAO (Alarm- und Ausrücke- Ordnung)** der Branddirektion in Vollzug. Wir haben deshalb konkret die Frage gestellt, ist diese neue AAO der Verwaltung bekannt? Wir als Ortschaftsräte haben großes **ja sehr großes Verständnis**, dass die Branddirektion ihrer Verantwortung gerecht werden muss, aber müssen alle Wehren in der Stadt über einen Kamm geschert werden? Da machen wir ein großes Fragezeichen, denn bereits kurz nach der Eingemeindung haben der damalige OV und ehemalige Bürgermeister Herrmann Meinzer und der Feuerwehrdezent Bgm. Jahn in Abstimmung mit der Branddirektion und dem

Neureuter Kommando eine Vereinbarung getroffen, dass ein Kommandofahrzeug der Berufsfeuerwehr (BF) und ein Löschfahrzeug nach Neureut ausrücken. **40 Jahre hat diese Regelung gegolten**, 40 Jahre waren die Neureuter zumeist vor der BF im Einsatz, es gab keinen Einsatz wo aus Personalmangel die Fahrzeuge nicht besetzt werden konnten. Wir, als auch die Neureuter Bürger fragen, müssen bei jedem Kleinbrand 7 Fahrzeuge ausrücken? Es ist nicht nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit, die BF muss sich auch der Frage stellen, was ist wenn ein Löschzug der BF sozusagen unnötigerweise in Neureut im Einsatz ist und im Stadtgebiet ein Einsatz ansteht? Ich denke die Branddirektion sollte diese AAO überdenken und die Einsatzstärke der Neureuter Wehr berücksichtigen.

Unser zweiter Antrag zum DHH bezieht sich auf den **Neubau einer Mensa im Schulzentrum**. In Abstimmung mit der Schulleitung und der OV wurde eine provisorische Mensa mit 24 Plätzen eingerichtet. In der Vergangenheit haben sich nun die Anforderungen an diese provisorische Mensa stark verändert, zum einen wurde durch das G8 verstärkt Nachmittagsunterricht erforderlich aber auch der Nachmittagsunterricht in der Realschule hat zugenommen, so dass in Spitzenzeiten 160 Mittagessen ausgegeben wurden und dadurch die Schüler auf die zugige Pausenhalle ausweichen mussten. Hygienevorschriften wie sie für eine Mensa gültig sind, können unter diesen Umständen keinesfalls eingehalten werden. Aber auch den Schülern kann diese **zugige Interimslösung nicht zugemutet werden**.

Wie wir zwischenzeitlich erfahren konnten ist ein Ganztagesbetrieb notwendig um entsprechend den Richtlinien der Stadt und des Landes einen Mensaneubau zu erstellen. Die Schulleitung des Gymnasiums wird diesen Antrag stellen, so dass dann rechtzeitig eine kostenkontrollierte Planung erstellt werden kann und im DHH 17 / 18 der Mensaneubau kommt. Hierzu beantragen wir eine entsprechende Planungsrate in den DHH einzustellen.

Noch ein Wort zur flexiblen Nachmittagsbetreuung an der Südschule. Bekanntermaßen konnte mit Bürgermeister Lenz eine Vereinbarung getroffen werden die eine Übergangslösung für die Grundschüler bedeutet. Klar ist, nach dem Ganztagesangebot an der Nordschule muss zunächst eine volle Klasse in Nord sichergestellt werden. Uns - der FDP Fraktion – liegt jedoch daran, den Eltern und Kindern eine Wahlfreiheit an allen Grundschulen zu bieten sich für ein Schulkonzept zu entscheiden das den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder entspricht. Wir bitten Bürgermeister Lenz recht kurzfristig mit der Ortsverwaltung, den Elternvertretern und den Fraktionsvorsitzenden ein Gespräch zu führen um die bisherigen Erfahrungen einzubringen und die Weiterführung dieses Betreuungsangebotes sicherzustellen.

Ein letzter Punkt, zu unserem Adolf-Ehrmann- Bad.

Nach dem 50-jährigen Jubiläum ist es doch etwas still um unser AE Bad geworden. Wir werden nicht umhin kommen **bis zum Neubau** eines Hallenbades in den kommenden Jahren in **Attraktivitätssteigerungen zu investieren** damit die Auslastung des Bades gewährleistet wird und es nicht zu ungewollten Diskussionen kommt. Wir bitten die Verwaltung – unter Mitarbeit des Freundeskreis Hallenbad – entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, die abgestimmt mit dem Bäderamt kurzfristig realisiert werden können.

Dem vorliegenden Haushalt stimmt die FDP Fraktion zu und bittet Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadt- und Ortschaftsrat, unsere Anträge zu unterstützen. Vielen Dank."

Im Anschluss erfolgen noch einige Anmerkungen des Vorsitzenden.

So gibt er bekannt, dass anlässlich der Eingemeindung Neureuts, die sich am 17. Februar zum 40. Male jährt, voraussichtlich am 11. Juli eine Ausstellung im Rahmen

des Stadtgeburtstages unter dem Motto "300 Jahre Stadt Karlsruhe - 40 Jahre gemeinsam mit Neureut" im Rathaus stattfinden werde.

Hinsichtlich der von Fraktionsvorsitzenden Barbara Rohrhuber angesprochenen Grenze der IP-Mittel von maximal € 41.000 pro Investition, merkt der Vorsitzende an, dass hier eine andere Größenordnung möglich sei. Man werde daran arbeiten.

Auch die von der FDP-Fraktion gewünschte Beschattung der Kinderspielplätze könne aus dem Budget für Kinderspielplätze wahrscheinlich realisiert werden.

Bezüglich des angesprochenen Mensaneubaus führt **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** kritisch aus, dass dieser Antrag de facto abgelehnt werden wird. Absolut unbestritten sei zwar die Notwendigkeit eines Mensaneubaus, betonte er, es gebe jedoch gewisse Regularien, die eingehalten werden müssten. Erst müsse ein Ganztageskonzept vorhanden sein, das vom Ministerium genehmigt werden müsse, dann das ganze Vorhaben kostenkontrolliert in die Schulbau-Dringlichkeitsliste aufgenommen werden. Er rät dazu, nach den Haushaltsberatungen einen interfraktionellen Antrag zu stellen, damit es möglichst schnell im Doppelhaushalt 17/18 aufgenommen werden könne. Er hält es für gefährlich, das vielversprechende Projekt des Mensaneubaus mit der gewünschten Vorgehensweise zu gefährden.

**Ortschaftsrat Klaus Bluck** ist jedoch gegensätzlicher Meinung. Er hält es für falsch, einen Antrag für ein drittes Löschfahrzeug zu stellen, während er sehr wohl der Meinung sei für einen Mensaneubau ein politisches Signal aus dem Ortschaftsrat zu senden und Mittel bereits für den Doppelhaushalt 2015/2016 noch einzustellen.

**Ortschaftsrat Harald Denecken** ist der Meinung, dass gerade die Frage um die Mensa am politischen Selbstverständnis eines Ortschaftsrates rüttle. Politik heiße, was die Politiker wollen und die Verwaltung sage, wie es zu machen sei.

Für **Ortschaftsrat Karsten Lamprecht** bedeute dies aber, ein falsches Signal in die Stadt sowie die Richtung Eltern zu setzen. Zudem erinnert er an die städtische Prioritätenliste für die Schulen und an haushaltstechnische Vorgaben, die mit dem gewünschten Antrag nicht erfüllt werden.

**Ortschaftsrat Jürgen Marin** macht deutlich, dass seine Fraktion den Antrag der Grünen unterstützen werde und erinnert noch an den weiterführenden Zusatzantrag

der SPD, der, falls dem Antrag nicht zugestimmt werde, eine Zwischenlösung in Containerform fordert.

In Zusammenfassung der Diskussionen kommt es zu folgenden

**Beschlüssen:**

Mehrheitlich, mit 16 Ja-Stimmen sowie 2 Enthaltungen kommt es zu folgendem

**Beschluss 1:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag der FDP-Ortschaftsratsfraktion zu, Mittel für ein 3. Löschfahrzeug zur Aufnahme in den Doppelhaushalt 2015/2016 zu beantragen.

Bei 11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung kommt es zu folgendem

**Beschluss 2:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag der Grünen-Ortschaftsratsfraktion auf Einstellung von 540 000 € im Haushaltsjahr 2016 (mit Sperrvermerk) für den Neubau einer Mensa am Schulzentrum zu.

Den Antrag der FDP-Ortschaftsratsfraktion zur Einstellung einer Planungsrate für einen Mensaneubau im Doppelhaushalt 2015/2016 könne er somit zurückgeben, sagt der Vorsitzende.

Über den nachträglich eingegangenen Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion bezüglich einer Zwischenlösung für die Mensa am Schulzentrum brauche nicht abgestimmt werden. Dieser werde dem Ortschaftsrat in der Sitzung am 10. Februar 2015 zur Kenntnis gegeben, so sei dies mit der Fraktionsvorsitzenden vereinbart, informiert der Vorsitzende.

**Beschluss 3:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2015/2016 für den Bereich des Teilhaushalts für Neureut einstimmig zu.

### **Zu Punkt 3 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

#### **3.1 Der Vorsitzende informiert:**

- Auf Anregung von **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht** sind an der Sporthalle am Schulzentrum Fahrradständer aufgestellt worden.
- Auf **Anfrage der CDU-Fraktion** hinsichtlich der Toilettenpapierproblematik an der Nordschule sind heute die speziellen Paperrollenbehälter geliefert worden, die morgen angebracht werden. Er bittet um Verständnis für die etwas längere Bearbeitungsdauer dieser schwierigen Problematik.

### **Zu Punkt 4 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

- 4.1 Ortschaftsrat Dieter König** berichtet, er habe eine Anregung bezüglich der Brücke alte B 36 über die neue B 36 erhalten. Hier sei das Geländer nur 1 Meter hoch. Es solle mindestens 1,20 Meter hoch sein. Er bittet, dies an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten.

**Antwort:**

Überprüfung zugesagt.

- 4.2 Ortschaftsrat Jürgen Marin** weist darauf hin, dass die Stadtwerke wegen der Bodenbeleuchtung am Groß-Platz zwar vor Ort gewesen sei, aber die Beleuchtung noch nicht in Funktion gesetzt worden sei.

**Antwort:**

Überprüfung zugesagt.

- 4.3 Ortschaftsrat Thomas Metzger** bittet, die Protokolle der Ortschaftsratssitzungen zeitnaher auf die Homepage zu setzen.

**Antwort:**

Die Protokolle sollen innerhalb vier Wochen unterschrieben sein, erst danach können sie ins Netz gestellt werden. Aufgrund der Rückläufe der mittlerweile vier Urkundspersonen für die Protokolle ist dies mitunter schwierig und kann zu Verzögerungen von bis zu 8 Wochen führen.

Auch **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** unterstützt das Anliegen und fordert, das heutige Protokoll möglicherweise innerhalb zwei Wochen vorliegen zu haben. Zudem bittet sie darum, ob es möglich wäre, die Unterlagen für die Ortschaftsratssitzung eventuell vor Donnerstag zu bekommen.

**Antwort:**

Das Protokoll wird innerhalb maximal vier Wochen nach Möglichkeit vorliegen, denn es müssen eventuell noch entsprechende Änderungen/Ergänzungen eingearbeitet werden können. Ergänzend schlägt Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht, zur Info die Protokolle vorab digital an die Urkundspersonen zu verschicken.

Der Ortsvorsteher verspricht, dass die Unterlagen für die Sitzungen bis donnerstags um 16 Uhr verteilt sein sollten. Außerdem werde man versuchen, sofern dies möglich sei, sie bereits mittwochs zukommen zu lassen, zusagen könne er dies allerdings nicht und führt das Beispiel der Baugesuche an. Nach der Geschäftsordnung müssen die Unterlagen fünf Tage vor der Sitzung zugestellt werden.

**Ortschaftsrat Thomas Metzger** fragt nach, ob die Einstellung der Ortschaftsratssitzung auf der Homepage der Stadt Karlsruhe, die letzte Woche hier noch nicht vorhanden gewesen sei, mittlerweile erfolgt sei?

**Ortschaftsrat Karsten Lamprecht** erwidert in diesem Zusammenhang, dass die Termine der Sitzungen komplett mit Uhrzeit für das ganze Jahr dort eingegeben sind und auch die Tagesordnung für die aktuelle Sitzung spätestens am Samstag bzw. am Wochenende nach seiner Recherche vorhanden gewesen sei.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: